

EUROPÄISCHES PARLAMENT



ARBEITSGRUPPE DES GENERALSEKRETARIATS
TASK-FORCE
"ERWEITERUNG"

DER KOORDINATOR
JF/bo

Luxembourg, 19. April 2000

Themenpapier Nr. 3

RUMÄNIEN UND DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

(Dritte Aktualisierung)

* *Die in diesem Dokument dargelegten Auffassungen geben nicht unbedingt die offizielle Haltung des Europäischen Parlaments wieder.*

INTRANET: <http://www.europarl.ep.ec/enlargement>

INTERNET: <http://www.europarl.eu.int/enlargement>

EPADES: [epades\public\elargiss](http://epades/public/elargiss)

PE 167.297/rév.3
Or. EN

Die von der Task-Force "Erweiterung" ausgearbeiteten Themenpapiere sind dazu bestimmt, in knapper und systematischer Form zu erläutern, wie weit die Gespräche über die verschiedenen Aspekte der Erweiterung der Union sowie die diesbezüglich von den Mitgliedstaaten, den beitriftswilligen Ländern und den Europäischen Organen vertretenen Positionen gediehen sind. Diese Papiere werden je nach den bei den Verhandlungen erzielten Fortschritten aktualisiert. Bereits erschienen sind:

<u>Nummer</u>	<u>Titel</u>	<u>PE Nr.</u>	<u>Datum</u>	<u>Sprachen</u>	
1	Zypern und die Erweiterung der EU		167.284/rev.4	18.03.99	alle
2	Ungarn und die Erweiterung der EU		167.296/rev.2	01.02.99	alle
3	Rumänien und die Erweiterung der EU		167.297/rev.2	26.02.99	alle
4	Die Tschechische Republik und die Erweiterung der EU		167.335/rev.3	18.10.99	alle
5	Malta und die Erweiterung der EU		167.350/rev.3	01.07.99	alle
6	Bulgarien und die Erweiterung der EU		167.392/rev.3	11.10.99	alle
7	Die Türkei und die Erweiterung der EU		167.407/rev.2	17.06.99	alle
8	Estland und die Erweiterung der EU		167.409/rev.1	08.10.98	alle
9	Slowenien und die Erweiterung der EU		167.531/rev.1	08.02.99	alle
10	Lettland und die Erweiterung der EU		167.532/rev.2	27.09.99	alle
11	Litauen und die Erweiterung der EU		167.533/rev.2	12.01.99	alle
12	Polen und die Erweiterung der EU		167.587/rev.2	20.10.98	alle
13	Die Slowakei und die Erweiterung der EU		167.609/rev.2	20.08.99	alle
14	Rußland und die Erweiterung der EU		167.734/rev.1	23.02.99	alle
15	Institutionelle Aspekte der Erweiterung		167.299/rev.1	21.06.99	DE-EN-ES-FR-IT
16	Kontrolle und Schutz der Finanzen der EU im Hinblick auf die Erweiterung		167.330	09.03.98	DE-EN-ES-FR-IT
17	Umweltpolitik und Erweiterung der EU		167.402	23.03.98	DE-EN-ES-FR-IT
18	Die Europa-Konferenz und die Erweiterung der EU		167.410	03.04.98	DE-EN-ES-FR-IT
19	Haushaltsaspekte der Erweiterung der EU		167.581	12.04.98	DE-EN-ES-FR-IT
20	Demokratie und Achtung der Menschenrechte im Erweiterungsprozeß der EU		167.582	01.04.98	DE-EN-ES-FR-IT
21	Die Erweiterung der EU und der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt		167.584	08.05.98	DE-EN-ES-FR-IT
22	Statistischer Anhang zur Erweiterung der EU		167.614/rev.5	06.07.99	EN
23	Die rechtlichen Fragen der Erweiterung der EU		167.617	19.05.98	DE-EN-ES-FR-IT
24	Die Vorbeitrittsstrategie für die Erweiterung der Europäischen Union		167.631	17.06.98	DE-EN-ES-FR-IT
25	Die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres im Erweiterungsprozeß der EU		167.690/rev.1	30.03.99	DE-EN-ES-FR-IT
26	Die Rechte der Frau und die Erweiterung der EU		167.735	14.07.98	DE-EN-ES-FR-IT
27	Erweiterung und Landwirtschaft		167.741	03.09.98	DE-EN-ES-FR-IT
28	Die Schweiz und die Erweiterung der EU		167.777/rev.1	08.03.99	alle
29	Die Erweiterung der EU und die Fischerei		167.799	12.10.98	alle
30	Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Erweiterung der EU		167.822/rev.1	26.07.99	DE-EN-ES-FR-IT

<u>Nummer</u>	<u>Titel</u>	<u>PE Nr.</u>	<u>Datum</u>	<u>Sprachen</u>	
31	Sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen und die Erweiterung der EU		167.877	30.10.98	DE-EN-ES-FR-IT
32	Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) und die Erweiterung der EU		167.887	17.11.98	DE-EN-ES-FR-IT
33	Das PHARE-Programm und die Erweiterung der EU		167.944	04.12.98	DE-EN-ES-FR-IT
34	Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und die Erweiterung der EU		167.962	09.12.98	DE-EN-ES-FR-IT
35	Die Industriepolitik und die Erweiterung der EU		167.963/rev.1	24.06.99	DE-EN-ES-FR-IT
36	Die Agenda 2000 und der Beitrittsprozeß zur EU		168.008/rev.1	10.06.99	DE-EN-ES-FR-IT
37	Erweiterung und Außenwirtschaftsbeziehungen		168.062/rev.1	08.09.99	DE-EN-ES-FR-IT
38	Die Rolle des Europäischen Parlaments im Beitrittsprozeß		168.065	27.01.99	DE-EN-ES-FR-IT
39	Die sozialen Aspekte der Erweiterung der EU		168.115/rev.1	01.07.99	DE-EN-ES-FR-IT
40	Nukleare Sicherheit in den beitragswilligen Ländern Mittel- und Osteuropas		168.257	22.03.99	DE-EN-ES-FR-IT
41	Die Erweiterung im Spiegel der öffentlichen Meinung in den EU-Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern		168.296	22.04.99	DE-EN-ES-FR-IT
42	Die russische Minderheit in den Baltischen Staaten		168.307	03.05.99	DE-EN-ES-FR-IT
43	Energiepolitik und die Erweiterung der Gemeinschaft		168.394	10.06.99	DE-EN-ES-FR-IT
44	Verkehrspolitik und die Erweiterung der EU		168.459	28.07.99	DE-EN-ES-FR-IT
45	Die nationalen Parlamente und die Erweiterung der EU		168.571	10.11.99	DE-EN-ES-FR-IT
46	Fragen der Erweiterung der Europäischen Union im Bereich Telekommunikation und Informationstechnologien		289.624	15.02.00	DE-EN-ES-FR-IT
47	Audiovisuelle Politik: die Kandidatenländer und der gemeinschaftliche Besitzstand		289.625	20.03.00	DE-EN-ES-FR-IT

Um Exemplare dieser Themenpapiere zu erhalten, wenden Sie sich bitte an:

*Frau E. Deguffroy, Luxemburg, SCH Raum 602, Tel.: (352) 4300-22906 / Fax: (352) 4300-29027
Task-Force "Erweiterung", Brüssel, LEO 06D119, Tel.: (32 2) 284 2381 / Fax: (32 2) 284 4984
Task-Force "Erweiterung", Straßburg, IP2 447, Tel.: (33 3) 8817-4408 / Fax: (33 3) 8817-9059*

INTRANET: <http://www.europarl.ep.ec/enlargement>

INTERNET: <http://www.europarl.eu.int/enlargement>

EPADES: epades/public/elargiss

**THEMENPAPIER
ZU
RUMÄNIEN UND DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. ZUSAMMENFASSUNG.....	7
II. POLITISCHE LAGE	7
a) Neuere Geschichte	7
b) Institutionen	9
c) Aktuelle politische Probleme.....	10
III. WIRTSCHAFTLICHE LAGE	11
a) Zusammenfassung	11
b) Jüngste Tendenzen	11
c) Haltung des IWF	14
IV. BEZIEHUNGEN MIT DER EU	15
a) Europäische Kommission.....	15
b) Europäisches Parlament	17
c) Ministerrat	17
ANHANG	

I. ZUSAMMENFASSUNG

Rumänien bereitet sich auf ein Wahljahr vor. Die Kommunalwahlen sind für den Juni anberaumt; und die Parlamentswahlen sollen im November stattfinden. Im Dezember fand ein Wechsel im Amt des Premierministers statt, da Radu Vasile demonstrativ entlassen wurde, weil er nicht hatte sicherstellen können, daß die Wirtschaftsreform in einem ausreichenden Tempo durchgeführt wurde. Er wurde von Mugur Isarescu abgelöst, dem Gouverneur der rumänischen Zentralbank, der keiner politischen Partei angehört.

Die wichtigste positive Neuigkeit für Rumänien war im Dezember 1999 in Helsinki der Beschluß der EU, Rumänien zur Eröffnung der Beitrittsverhandlungen aufzufordern. Selbst bei einer sehr großzügigen und flexiblen Auslegung erfüllt Rumänien nicht alle drei Kopenhagener Kriterien, die für eine Mitgliedschaft erforderlich sind, und das wird wohl auch einige Zeit noch so bleiben. Die politischen Erwägungen und insbesondere Rumäniens Unterstützung der NATO während des Kosovo-Krieges 1999 sowie die Absicht, den Reformwillen nicht dadurch zu schwächen, indem eine Mitgliedschaft als unerreichbar dahingestellt wird, waren letztendlich einflußreicher als die Frage, inwieweit die Länder die Kriterien erfüllen.

II. POLITISCHE LAGE

a) Neuere Geschichte

Die Ursprünge des jetzigen rumänischen Staates lassen sich bis zur Vereinigung der Fürstentümer Moldau und Walachei unter Fürst Alexandru Ioan Cuza im Jahr 1859 zurückverfolgen. Eine erste kurzzeitige Vereinigung der traditionell rumänisch besiedelten Gebiete (Siebenbürgen, Moldau und Walachei) hatte jedoch bereits im Jahr 1600 unter Fürst Michael dem Tapferen stattgefunden. Der neue Staat erlangte 1878 formell die Unabhängigkeit und wurde drei Jahre später ein Königreich, das jedoch nur einen Teil der rumänischen Bevölkerung in sich vereinigte: Drei Millionen Rumänen blieben in Siebenbürgen (das 1867 an Ungarn gefallen war). Etwa zwei Millionen siedelten in Bessarabien (das seit 1812 von Rußland kontrolliert wurde) und kleinere Gruppen in Dobrudja (Bulgarien) an. Zum Ende des Ersten Weltkrieges wurde die Vereinigung aller rumänisch besiedelten Gebiete erreicht. 1940 verlor Rumänien jedoch die meisten der 1918 gewonnenen Gebiete an die Sowjetunion bzw. Nordsiebenbürgen durch den von Deutschland beeinflussten Zweiten Wiener Schiedsspruch an Ungarn. Durch den Friedensvertrag von 1947 erlangte Rumänien dieses Gebiet zurück, mußte jedoch Bessarabien und die nördliche Bukovina an die Sowjetunion abtreten.

Die von sowjetischer Seite unterstützte Rumänische Kommunistische Partei (RKP) ergriff 1945 die Macht und zwang König Michael am 30. Dezember 1947 zum Abdanken. Anfang der 60er Jahre lockerte die RKP allmählich ihre Verbindungen zu Moskau, übernahm jedoch alle Hauptmerkmale der stalinistischen Kommandowirtschaft. Seit seinem Machtantritt im Jahr 1965 errichtete der Diktator Nicolae Ceausescu, unterstützt durch die berüchtigte Geheimpolizei Securitate, ein auf die Konzentration persönlicher Macht gestütztes Herrschaftssystem. Ende der 80er Jahre war die Führung der RKP zu einem auf Vetternwirtschaft beruhenden Clan verkommen. Aufgrund des Elends und der Unterdrückung, die eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung stark behinderten, gab es bis zum Sturz des Ceausescu-Regimes im Dezember 1989 kaum oppositionelle Kräfte im Land.

Dadurch wurde der Weg für eine Palastrevolte durch eine Fraktion der früheren Führungselite geebnet, die bei Ceausescu in Ungnade gefallen war. Unter dem Schutz der Nationalen Befreiungsfront machten die Anführer des Putsches sehr schnell einige von Ceausescus unpopulärsten Maßnahmen rückgängig. Sie reduzierten die Arbeitsstunden, hoben die Beschränkung für den Energieverbrauch in Haushalten und die Einschränkung der Pressefreiheit auf. Begrenzte Agrarreformen sicherten die Unterstützung der Landbevölkerung, wodurch die Nationale Befreiungsfront im Mai 1990 bei den Parlamentswahlen einen hohen Stimmenanteil erhielt. Ihr Kandidat, Ion Iliescu, wurde als ausgleichende Kraft dargestellt und gewann die Präsidentschaft mit großer Mehrheit.

Die „sozialdemokratische“ Anziehungskraft, die die Nationale Befreiungsfront auf das zutiefst traumatisierte Volk ausübt, stützte sich auf die Versprechen der Stabilität, verbesserte Sozialleistungen und eine allmähliche Wirtschaftsreform. Diese Botschaft klang insbesondere für Industriearbeiter und Staatsbedienstete verheißungsvoll, die die Folgen einer schnellen Umstrukturierung des Industriesektors fürchteten. Der Versuch des Premierministers Petre Roman, 1991 weitreichendere Marktreformen einzuführen, wurde nach den Protesten der Bergarbeiter wieder aufgegeben, die in Bukarest Regierungsgebäude besetzten.

Ion Iliescu entließ Petre Roman aus seinem Amt als Premierminister. Roman trat daraufhin aus der Nationalen Befreiungsfront aus und gründete die Demokratische Partei (DP), eine Mitte-Links-Partei mit einer größeren Ausrichtung auf Wirtschaftsreformen (die DP ist nun die größte Partei in der Mitte-Links-SDU, die von 1996 bis 2000 selbst der Koalition angehörte). Die Demokratische Nationale Befreiungsfront war nach der Zersplitterung der Nationalen Befreiungsfront die einflußreichste Gruppe, blieb auch nach den allgemeinen Wahlen im September 1992 die größte Partei, und in den Präsidentschaftswahlen von 1992 wurde Ion Iliescu im zweiten Durchgang wiedergewählt. Die Demokratische Nationale Befreiungsfront wurde daraufhin in Partei der Sozialdemokratie in Rumänien (PSDR) umbenannt. Eine Minderheitsregierung wurde 1993 von einem ehemaligen Technokraten, Nicolae Vacaroiu gebildet, der sich jedoch auf die parlamentarische Unterstützung der ultranationalistischen und neo-kommunistischen Parteien verließ; seine Vorsicht gegenüber dem Tempo des wirtschaftlichen Wandels und schadete seinem internationalen Ansehen. Alle Reformmaßnahmen einschließlich der Massenprivatisierung von 4000 Unternehmen, die die Vacaroiu-Administration umzusetzen versuchte, wurden im Parlament aufgeschoben. 1995 zog eine Wachstumsexplosion Inflation, Abwertung und einen industriellen Produktionsrückgang im Jahr 1996 nach sich, die eine Wiedereinführung der Preis- und Devisenkontrollen zur Folge hatten. Mittlerweile hatten die größten Mitte-Rechts-Parteien eine Dachorganisation, die DC, gegründet, die von der Nationalen Bauern-Christdemokratischen Partei (NB-CDP) beherrscht und zur größten parlamentarischen Opposition der PSDR wurde.

In den Parlamentswahlen im November 1996 gewann die DC 30 % der Stimmen und bildete unter Vorsitz von Victor Ciorbea eine Koalitionsregierung mit der Rumänischen SDU von Petre Roman und der HDUR. In den zur gleichen Zeit stattfindenden Präsidentschaftswahlen gewann Emil Constantinescu im zweiten Durchgang die Präsidentschaft gegen Iliescu mit 54 % zu 46 %. Die geschlagene PSDR wurde führende Oppositionspartei, spaltete sich im Juni 1997 jedoch noch einmal, als Teodor Melescanu, der von 1992 bis 1996 Außenminister gewesen war, eine neue Mitte-Links-Partei, die Allianz für Rumänien (AfR) gründete. Das Ansehen der PSDR als Partei, deren Mitglieder überwiegend ehemalige Kommunisten waren, wurde dadurch gestärkt.

Victor Ciorbea vertrat den ideologischen rechten Flügel der NB-CDP, und demzufolge verkündete die Regierung Vorschläge zur Einführung radikaler marktorientierter Wirtschaftsreformen einschließlich der Abschaffung der fortbestehenden Preiskontrollen, restriktiverer Währungs- und Finanzpolitiken und der Liberalisierung der Devisenbestimmungen. Ein früher Beitritt zur EU und zur NATO waren die wichtigsten Ziele in der Außenpolitik, 1997 wurde Rumänien jedoch von keiner der beiden Organisationen in die Liste der Kandidatenländer für einen künftigen Beitritt aufgenommen.

Die Koalition geriet in Schwierigkeiten, als ihre Mitglieder sich nicht auf die Einzelheiten der Durchführung der Reform einigen konnten. Obwohl die Regierung restriktivere makroökonomische Politiken einführte, gelang es ihr nicht, veraltete Industrien und Institutionen umzustrukturieren. 1997 verschlechterte sich der Lebensstandard rapide, und Victor Ciorbea wurde im April 1998 in seinem Amt als Premierminister von Vasile abgelöst, der den pragmatischeren Flügel der NB-CDP vertrat, nachdem es in der Partei ein Gerangel um die Verteilung der Ministerposten gegeben hatte.

Vasile forderte eindringlich, die zum Stillstand gekommenen Wirtschaftsreformen zu beschleunigen. Er hatte bei der Beschleunigung der Privatisierung der Großindustrie und der Banken und der Schließung größerer verlustreicher Unternehmen auf dem Stahlsektor durchaus Erfolge erzielt. Die Produktionsleistung und der Lebensstandard fielen jedoch 1998 und 1999 weiter. Die Regierung verfehlte die Zielsetzung für das konsolidierte Haushaltsdefizit, das mit dem IWF im April 1999 vereinbart worden war, und der IWF verzögerte die Freigabe des zweiten Teils seiner Bereitschaftsvereinbarung im vierten Quartal des Jahres. Die Inflation machte sich ebenfalls im vierten Quartal sehr stark bemerkbar, die Realeinkommen fielen dramatisch und trugen zu der wachsenden Unpopularität der Regierung bei. Das führte zu einer weitverbreiteten Unruhe in der Industrie, Ausbrüchen von Gewalt in einer Reihe von größeren Städten sowie der Forderung nach der Einführung von Preiskontrollen und einer Lohnindexierung.

b) Institutionen

Die derzeitige Verfassung wurde durch das Referendum vom 08. Dezember 1991 angenommen. Das Parlament besteht aus zwei Kammern, der Abgeordnetenkammer mit 341 Sitzen und dem Senat mit 143 Sitzen. Die Mitglieder des Parlaments werden durch allgemeine Wahlen bei einem Verhältniswahlrecht für vier Jahre gewählt.

Die Verfassung überträgt dem Präsidenten, der für vier Jahre gewählt wird und allenfalls ein weiteres Mal wiedergewählt werden kann, weitreichende Befugnisse. Im November 1996 wurde Constantinescu mit 54 % der Stimmen in einem zweiten Durchgang gegen Ion Iliescu, der seit der Palastrevolte von 1989 das Amt innehatte, zum Präsidenten gewählt. Die Popularität von Constantinescu verflog 1999 gemeinsam mit der Unterstützung für seine Partei, die DC. Ende 1999 lag er in den Meinungsumfragen mit 27 % hinter Iliescu und war hinter Melescanu, dem Vorsitzenden der AfR, auf den dritten Platz gefallen.

Die Gerichtsbarkeit besteht aus den Gerichten, dem Justizministerium und dem Hohen Rat des Magistrats. 1997 nannte die EU-Kommission die Zweifel über die politische Neutralität der Justiz (weil viele ihrer Angehörigen von der PSDR ernannt worden waren) als einen der Gründe für den Ausschluß Rumäniens von der ersten Welle der Länder, mit denen die Beitrittsverhandlungen eröffnet werden sollten, und hat ihre kritische Haltung bisher beibehalten.

Die Ergebnisse der Wahlen im November 1996 lauteten wie folgt:

Partei	Abgeordneten- kammer	Senat
Demokratische Konvention (DK)	122	53
Partei der Sozialdemokratie in Rumänien (PSDR)	91	41
Sozialdemokratische Union (SDU)	53	23
Ungarische Demokratische Union in Rumänien (HDUR)	25	11
Große Rumänische Partei (GRP)	19	8
Partei der Rumänischen National Einheit (PRNU)	18	7
Andere ¹	13	0
Gesamt	341	143

c) Aktuelle politische Probleme

1) Langsame Reformen verlangen nach einem neuen Premierminister

Mit der Entlassung des Premierministers Radu Vasile am 13. Dezember und seiner Ablösung durch den Gouverneur der Zentralbank, Mugur Isarescu, präsentierte die Koalitionsregierung der Demokratischen Konvention (DK) ihren dritten Premierminister seit dem Gewinn der Wahlen im November 1996. (Der erste Premierminister, Victor Ciorbea, trat nach innerparteilichen Querelen und einer sich verschlechternden Wirtschaftslage im März 1998 zurück). Die Entlassung von Radu Vasile erfolgte demonstrativ aus wirtschaftlichen Gründen. Als die EU Rumänien zum Gipfeltreffen im Dezember 1999 in Helsinki einlud, um die Beitrittsverhandlungen zu eröffnen, wies sie auch darauf hin, daß Rumänien die Wirtschaftsreformen beschleunigen müsse, wenn es bei den Beitrittsverhandlungen ernsthaft Fortschritte sehen wolle. Die „Rausschmeißer“ von Vasile und insbesondere Präsident Emil Constantinescu behaupteten, daß diese EU-Anforderungen die Ablösung von Vasile durch einen Reformier mit einer härteren Linie erforderlich machten. Der wahrscheinliche Grund für die Entlassung war jedoch innenpolitischer Natur und zwar der rasche Rückgang der Unterstützung für die Nationalen Bauern-Christdemokratischen Partei (NB-CDP) und für Constantinescu weniger als ein Jahr vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sowie die Notwendigkeit, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit den Wirtschaftspolitiken der Regierung zu beschwichtigen.

Der Weggang von Herrn Vasile wurde durch die zeitweilige Amtsniederlegung der meisten der Kabinettsmitglieder beschleunigt, es gab wenige andere Kabinettsveränderungen, obwohl jetzt vier Vizepremierminister (siehe Anhang unten) die vier Koalitionsparteien vertreten, und Petre Roman von der Demokratischen Partei löste den unabhängigen Andre Plesu als Außenminister ab.

Es ist möglich, daß Isarescu, der nach der Wahl sein Amt in der Zentralbank zurückkehren will, mehr Unterstützung in der Regierung und im Parlament als sein Vorgänger erhalten wird. Er war acht Jahre lang Gouverneur der rumänischen Zentralbank und somit Chef dieser Institution unter der oppositionellen Partei der Sozialdemokratie in Rumänien, wobei er sich den Ruf eines

¹ Die übrigen Parteien erhielten weniger als 3% der Stimmen und verpaßten die notwendigen Stimmenanteil zur Vertretung im Parlament, 13 Sitze in der Abgeordnetenversammlung sind für Abgeordnete bestimmt, die mindestens 3,500 Stimmen erhielten (5% der für ein ordentliches Mitglied des Abgeordnetenhauses erforderlichen Stimmen).

vorsichtigen und kompetenten Gouverneurs erwarb, der im Westen respektiert wird. Als technokratischer Premierminister wird er jedoch die Bezuschussung von inflationären Löhnen noch mehr ablehnen als seine Vorgänger, und dadurch könnte er sogar Ärger mit den Gewerkschaften bekommen.

2.) Zyanidleck

Am 31. Januar traten große Mengen von zyanidhaltiger Lauge aus einem Auffangbecken der rumänischen *Aurul*-Goldmine in der Nähe von Baia Mare aus und floß in den Fluß Samos. Ungarns zweitgrößter Fluß, die Theiß, wurde dadurch ebenfalls verseucht, und das Volumen des Giftgemischs wird auf mehr als 10 Tonnen geschätzt. Am 11. März wurden erneut ca. 20.000 t mit Blei, Kupfer und Zink kontaminierter Schlamm in die Theiß eingeleitet. Der ungarische Außenminister Martonyi kritisierte *Esmeralda Exploration*, die australischen Eigentümer von 50 % der *Aurul*-Goldmine, die jegliche Verantwortung für diesen Vorfall ablehnten und behaupteten, daß die Umweltkatastrophe nicht durch den Austritt von Zyanid, sondern durch das schlechte Wetter und die Chemikalien verursacht worden seien, die zur Neutralisierung des Zyanidlecks eingeleitet worden waren. Die rumänische Regierung hat einen Anteil von 45 % und private Investoren halten die restlichen 5 % an der *Aurul*-Goldmine.

Seit kurzem sind beide Seiten um eine Lösung bemüht, anstatt sich gegenseitig die Schuld zuzuweisen. Die rumänische und die ungarische Regierung haben bereits verhandelt und eine Vereinbarung über den Umweltschutz unterzeichnet, der das ungarische Parlament entlastet. Isarescu teilte mit, daß Rumänien bereits die Gerichte angerufen habe festzustellen, wer die Verantwortung für den Schaden trage und wie groß die Schäden seien.

3.) Kinderbetreuung

Die EU bestand darauf, daß Rumänien durchgreifende Maßnahmen zur Reform seiner berüchtigten Kinderheime ergreifen müsse, bevor es Beitrittsverhandlungen eröffnen könne. Daraufhin kündigte die Regierung die Einrichtung der Rumänischen Nationalagentur für den Kinderschutz unter Vorsitz von Vlad Mihai Romano an. Diese Agentur wird den Status einer Generaldirektion des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherheit erhalten, die bestehende Abteilung für den Kinderschutz ablösen und direkt dem Minister berichten. Ihre Aufgaben werden in der Überwachung des Kinderschutzes, der Verbesserung der Lebensbedingungen in Waisenhäusern und der Bereitstellung von angemessener Fürsorge für bedürftige Kinder bestehen. Die rumänischen Behörden fordern die EU dringend auf, der Agentur langfristige Unterstützung zu gewähren. Romano forderte die Dezentralisierung, die Einrichtung von Institutionen zum Schutz von Straßenkindern und eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Union zur Entwicklung geeigneter Politiken.

4.) Beziehungen zu Ungarn

Die Beziehungen zwischen Rumänien und Ungarn haben sich in den letzten Jahren verbessert. Wichtige Fortschritte wurden in den Bereichen der Bildungsgesetze und der Lage der ungarischen Minderheiten in Rumänien im allgemeinen erzielt.

Ende Juli 1999 fand in Bukarest eine Sitzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses Rumänien-Ungarn unter Vorsitz der Außenminister der beiden Staaten statt. Der Fachausschuß des Gemeinsamen Ausschusses erörterte Themen von gemeinsamem Interesse wie die EU und die euroatlantische Integration, nationale Minderheiten, Kultur, Bildung und religiöse

Bekanntnisse, Zusammenarbeit im militärischen Bereich, Infrastruktur, Umwelt, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit zwischen lokalen Gebietskörperschaften, Handel und diplomatische Beziehungen. Hinsichtlich der Möglichkeiten, daß die in Ungarn lebende rumänische Minderheit im ungarischen Parlament vertreten wird, wird von den ungarischen Behörden ein neuer Rechtsrahmen zu diesem Thema erarbeitet werden müssen.

Es wurden zwei strittige Bereiche zwischen Ungarn und Rumänien herausgearbeitet, und zwar das Versäumnis der Rückgabe von Kirchengut und die geplante Einrichtung der ungarischsprachigen Staatsuniversität. Orban kritisierte die Verzögerungen bei der Rückgabe des Kirchenbesitzes und sagte, daß er bedauere, führende rumänische Politikern auf die Lage der ethnischen Ungarn ansprechen zu müssen. Er fügte jedoch hinzu, daß Ungarn nur zögernd nachgeben würde, wenn es um die Lage der ethnischen Ungarn in Rumänien gehe. Er bekräftigte seine Unterstützung bei der Forderung nach einer ungarischen Universität und schlug vor, daß die jüngsten Vorschläge zur Einrichtung einer von der Kirche unterstützten ungarischen Sprachuniversität eine Lösung darstellen könnten.

Im späten November 1999 einigten sich Vertreter der ungarischen Regierung und der Ungarischen Demokratischen Union in Rumänien (UDUR) auf die Finanzierung einer mit Privatmitteln ausgestatteten ungarischen Universität im rumänischen Siebenbürgen. Die ungarische Regierung forderte 2 Mrd. Forint, jedoch mußte die UDUR feststellen, daß diese Summe keinesfalls ausreichend war. Die UDUR fordert weiterhin eine vom rumänischen Staat finanzierte ungarische Universität, will jedoch in der Zwischenzeit die Unterstützung der ungarischen Regierung annehmen. Der rumänische Bildungsminister, Andrei Marga, wies den Gedanken einer separaten, staatlich unterstützten ungarischen Universität von sich. Der Minister war zuvor Rektor der Babes-Bolyai Universität in Cluj und behauptet, daß der beste Weg zur Schaffung einer „multikulturellen“ Universität darin bestünde, mit den bestehenden Strukturen in Babes-Bolyai zu arbeiten, wo man den Abschluß in rumänisch, ungarisch und deutsch machen könne.

III. WIRTSCHAFTLICHE LAGE

a) Zusammenfassung

Aus der Untersuchung geht hervor, daß 2000 nur geringe Aussichten für einen raschen Wirtschaftsaufschwung bestehen, nachdem das BIP in den letzten Jahren um insgesamt 18 % gesunken ist. Eine finanziell schlecht ausgestattete und wenig produzierende Industrie und Landwirtschaft sind weitgehend nicht in der Lage, im Wettbewerb gegen billigere ausländische Konkurrenten zu bestehen oder ihre Produkte gewinnbringend zu vermarkten. Seit 1996 ist das Verbrauchsniveau um ein Viertel gesunken, und der Handel leidet unter einem schwachen Inlandsgeschäft.

b) Jüngste Tendenzen

1.) BIP

Nachdem für 1999 der Rückgang des realen BIP auf 4,8 % geschätzt wurde, geht man davon aus, daß der wirtschaftliche Abschwung im ersten Halbjahr 2000 die Talsohle erreichen wird. 2000 werden ein größeres Wachstum in den west- und osteuropäischen Wirtschaften in Verbindung mit größeren Zuflüssen an ausländischem Kapital im Anschluß an die Entscheidung, die Verhandlungen zum Beitritt Rumäniens zur EU zu eröffnen, die Aussichten für den Ausfuhranstieg und das Investitionswachstum im Laufe des Jahres verbessern. Restriktive Politiken sind jedoch erforderlich, um die Zielsetzungen der Regierung hinsichtlich der Preissteigerung zu erfüllen, und man geht davon aus, daß das Haushaltsdefizit weiterhin die Verbrauchernachfrage dämpfen wird. Für 2000 prognostiziert das EIU ein reales BIP-Wachstum von 1 %, was etwas unter der offiziellen Zielsetzung von 1,3 % wäre. Diese Prognose bleibt jedoch weiterhin sehr fraglich.

Die Finanzmärkte sind im Zusammenhang mit Rumänien immer noch nervös, und wenn die derzeitige Regierung ungeachtet ihrer Anstrengungen bei der Korrektur der makroökonomischen Unausgewogenheiten scheitert, dann könnte dies zu einem drastischen Wertverlust des Leus führen und die Stabilitätspläne gefährden. Auch etwaige Versäumnisse bei der Durchführung der Strukturreformen werden den Wiederaufschwung verzögern.

2.) Investitionen

2001 wird das reale BIP-Wachstum von 3 % weitgehend auf die stärkere Investitionsnachfrage sowohl des jüngst privatisierten Sektors als auch der Bauindustrie zurückzuführen sein. Letztere wird einen Aufschwung durch die multilateral finanzierten Infrastrukturprojekte, die 2000 in die Wege geleitet werden, erhalten. Die langfristige Nachfrage von seiten der umstrukturierten und seit kurzem privatisierten Unternehmen nach neuen Investitionsgütern sollte von 2001 bis 2004 eigentlich einen starken Investitionszuwachs von durchschnittlich 11 % erzeugen. Die Investitionen sollten die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit rumänischer Erzeugnisse und Dienstleistungen ankurbeln, was laut Prognosen von 2001 bis 2004 gemeinsam mit dem durchschnittlichen realen BIP-Wachstum in der EU von 2,6 % in Rumänien einen durchschnittlichen Ausfuhranstieg von 6,8 % jährlich erzeugen wird.

3.) Inflation

1999 preschte die Inflation davon und erreichte zum Jahresende eine Rate von 54,8 % gegenüber 40,6 % im Jahr 1998. Die Regierung setzte alles daran, die Preiserhöhungen angesichts der nachfolgenden Preissteigerungen bei den Energieeinfuhren und Gebrauchsgütern als Reaktion auf die Abwertung des Leu zu bremsen. Verzögerungen bei der Bekämpfung der zunehmenden Verluste in der Industrie haben ebenso wesentlich zum Preissteigerungsrisiko beigetragen. Die Regierung plant die Inflationsrate in diesem Jahr deutlich auf einen Jahresdurchschnitt von 25 bis 30 % zu senken, jedoch lassen hohe Ölpreise auf dem Weltmarkt, Schwierigkeiten bei der Einhaltung des anvisierten Haushaltsdefizits und eine stärkere Nachfrage in der Wirtschaft diese Zielsetzung nach Auffassung der EIU, die für 2000 mit einer jährlichen durchschnittlichen Inflationsrate von 46 % rechnet, als zu optimistisch erscheinen.

Viele der kränkelnden Industrien stützen sich auf nicht wettbewerbsorientierte Verfahren, und bis durch die Umstrukturierung verlustreiche Aktivitäten aufgegeben werden und es der Regierung gelingt, das Haushaltsdefizit wieder in den Griff zu bekommen, wird das Preissteigerungsrisiko weiterhin in die Höhe schnellen können. Ausgehend von der Annahme, daß bis 2001 ein stabileres makroökonomisches Umfeld geschaffen sein wird, sollte die Inflation sich auf weit unter 20 % bewegen, was jedoch im Vergleich mit anderen osteuropäischen Kandidatenländern immer noch hoch sein wird.

Prognoseübersicht

(% Änderung jährlich, falls nicht anders angegeben)

	1998(a)	1999(b)	2000(c)	2001(c)
Reales BIP	5,4	-4,8	1,0	3,0
Bruttoindustrieproduktion	-7,4	-7,0	1,2	3,6
Bruttoagrarpoduktion	-8,3	0,5	2,0	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	-5,1	-13,0	4,0	10,0
Arbeitslosenrate (%)	10,3	11,0	13,7	14,6
Verbraucherpreise (Ø)	59,0	45,8	46,0	30,0
Verbraucherpreise (Jahresende)	40,6	54,8	40,0	25,0
Warenausfuhr FOB(\$ Mrd.)	8,3	8,4	9,2	10,2
Wareneinfuhr FOB (\$ Mrd.)	10,9	9,6	10,4	11,6
Leistungsbilanz (\$ Mrd.)	-2,9	-1,4	-1,3	-1,7
% Anteil am BIP	-7,0	-4,1	-4,0	-4,9
Gesamte Auslandspassiva (Dez.; \$ Mrd.)	9,7	9,1	9,8	10,5
Wechselkursrate (Ø; Lei zu \$)	8,876	15,330	22,300	28,430
Wechselkursrate (Jahresende; Lei zu \$)	10,951	17,981	26,120	30,440

(a) aktuell, (b) Schätzung EIU, (c) Prognose EIU.

c) Haltung des IWF

Am 27. März genehmigte das Direktorium des IWF die Verlängerung ihres Bereitschaftskredits bis zum 31. Mai 2000. Die Vereinbarung hätte Ende März auslaufen sollen, und die Verlängerung wurde genehmigt, um die lange hinausgeschobene erste Überarbeitung des Programms zu vervollständigen. Dadurch erhält Bukarest die Chance, den Haushalt 2000 anzunehmen, denn nur unter dieser Voraussetzung zieht das Direktorium eine Überarbeitung in Erwägung. Von dem 400 Millionen SDR (540 Mio. \$)-Kredit wurden bisher lediglich 53 Mio. SDR beansprucht.

Der IWF hat deutlich gemacht, daß er erst bereit ist, eine zweite Kreditstaffel zu gewähren oder in weitere Kreditverhandlungen zu gehen, nachdem der Haushalt vom Parlament verabschiedet wurde (die Aussprache wird am 12. April beginnen). Die vorsichtige Haltung des IWF hat verschiedene Gründe:

- Er ist etwas besorgt, daß er den Haushalt nicht vor dem Parlament einsehen konnte.
- Er lehnt die Solderhöhungen ab, die den Streitkräften zugesagt wurden, um ihre Leistungen vor einem etwaigen Beitritt zur NATO zu verbessern.

- Er hat Bedenken hinsichtlich der vorgeschlagenen Senkungen bei den Unternehmens- und Mehrwertsteuern, von denen die Regierung hofft, daß dadurch die inländische Wirtschaftstätigkeit und Investitionen in Übersee angeregt werden können.

Der IWF führt diese Überwachung auch deshalb durch, weil es sich um ein Wahljahr handelt und dann der Druck überaus groß ist, die Ausgaben für Bereiche zu erhöhen, die von einigen Koalitionsparteien bevorzugt werden. Der Fonds erinnert sich noch daran, daß 1994 bis 1995 unter einer PDSR-Regierung ein Großteil des bereitgestellten Kredits für den Schutz von nicht wettbewerbsfähigen Industrien zweckentfremdet wurde, und er ist fest entschlossen, nicht wieder Ähnliches geschehen zu lassen. Durch die Erhöhung der Valutareerven und einen ausgewogeneren Devisenmarkt ist die Auszahlung der zweiten Kredittranche weniger dringlich. Bukarest ist jedoch weiter auf die Unterstützung des IWF angewiesen, da davon die Auszahlung anderer multilateraler Fonds abhängt. Ein Strukturanpassungskredit für die Landwirtschaft über 150 Mio. \$ von der Weltbank kommt aufgrund der Haltung des IWF nicht zur Auszahlung. Das gilt auch für einen zweiten Anpassungskredit der Weltbank für den Privatsektor über die Höhe von 300 bis 500 Mio. \$, mit dem die Umstrukturierung des Bankensektors unterstützt und der Weg für den Verkauf und die Liquidation von 64 Unternehmen in staatlicher Hand geebnet werden soll.

Rumänien benötigt die Unterstützung des IWF, damit es die Erfüllung der Zielsetzungen für einen EU-Beitritt in Angriff nehmen kann. Das gilt insbesondere für die 650 Mio. EUR an nicht rückzahlbaren Beihilfen, die von der Kommission im Januar angekündigt wurden, das Beitrittsvorhaben unterstützen sollen und nicht vor 2001 freigegeben werden.

III. BEZIEHUNGEN ZU DER EU

a) Europäische Kommission

Am 13. Oktober 1999 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren zweiten Regelmäßigen Bericht über die Fortschritte Rumäniens auf dem Weg zum Beitritt. In der Schlußfolgerung heißt es: "Die Kommission ist der Auffassung, daß Rumänien im Augenblick die politischen Kriterien von Kopenhagen noch erfüllt, daß sie aber ihren Standpunkt überprüfen muß, falls die Behörden der Überwindung der Krise in den rumänischen Kinderbetreuungseinrichtungen und Waisenhäusern nicht weiterhin Priorität einräumen. Die Kommission wird die jüngsten Entscheidungen der Regierung genau verfolgen, die erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen und eine Strukturreform durchzuführen, die gewährleisten soll, daß die Kinderbetreuung in Rumänien auf sicherer und angemessener Basis und unter Achtung der Menschenrechte gewährleistet ist.

Der zunehmende Rückgriff auf Verordnungen gibt Anlaß zur Beunruhigung, und weitere Maßnahmen sind notwendig, um die Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit der Justiz zu sichern. Weitere Bereiche, die besondere Aufmerksamkeit verdienen, sind nach wie vor die Bekämpfung der Korruption, wo die Zuständigkeiten und Aufgaben der Einrichtungen konsolidiert werden sollten, und, trotz einiger positiver Entwicklungen, die Situation der Roma; hier sollten trotz strenger allgemeiner Haushaltsrestriktionen angemessene Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt und Anstrengungen zur Bekämpfung der ablehnenden Haltung der Gesellschaft unternommen werden.

Rumänien verfügt nicht über eine funktionsfähige Marktwirtschaft und kann dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Union mittelfristig nicht standhalten.

Die makroökonomischen Ungleichgewichte bleiben problematisch und die Finanzierungsprobleme haben zugenommen. Zwar wurden bei der Privatisierung einiger Großunternehmen sowie bei der Umstrukturierung und Privatisierung des staatlichen Finanzsektors Fortschritte erzielt, doch diese sind mit sehr hohen Kosten für den Haushalt verbunden. Die makroökonomische Instabilität und die Rechtsunsicherheit bilden weiterhin ein Hemmnis für ausländische Direktinvestitionen, die für die Modernisierung der Angebotsseite der Wirtschaft dringend erforderlich sind. Der Rückgang der Exporte trotz einer drastischen realen Abwertung der Währung gibt Anlaß zur Sorge.

Die Regierung bemüht sich um die Wiederherstellung eines stabilen makroökonomischen Rahmens und um die Bewältigung der strukturpolitischen Probleme seiner Wirtschaft. Die mit den internationalen Finanzinstitutionen getroffenen Vereinbarungen stellen wichtige Erfolge dar, aber zum jetzigen Zeitpunkt kann noch nicht beurteilt werden, ob durch das neue Programm eine nachhaltige Entwicklung der rumänischen Wirtschaft eingeleitet wird. Die derzeitigen Anstrengungen müssen aufrechterhalten werden, um ein stärkeres Wachstum und einen höheren Lebensstandard zu sichern. Priorität sollte der Verbesserung der Finanzdisziplin und der Umstrukturierung der verlustbringenden staatlichen Großunternehmen eingeräumt werden. Eine klare mittelfristige Wirtschaftsstrategie muß ausgearbeitet und mit Entschlossenheit umgesetzt werden. Die makroökonomische Stabilisierung sollte von der Schaffung transparenterer und wirtschaftsfreundlicherer Rahmenbedingungen begleitet werden, damit die Wirtschaftstätigkeit gefördert und das beträchtliche Potential der rumänischen Wirtschaft genutzt werden kann.

Die Angleichung im Bereich Binnenmarkt ist nur teilweise erfolgt, und trotz einiger bedeutender Ergebnisse muß Rumänien das Tempo bei Übernahme und Anwendung in diesem Bereich noch erhöhen. Bedeutende Fortschritte wurden mit der Annahme eines Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen wie auch im Bankensektor und bei der Finanzkontrolle gemacht. Bei der Normung und Zertifizierung kam Rumänien voran, aber das Fehlen einer einheitlichen Rahmengesetzgebung bremst die Entwicklung. Obwohl die Bestimmungen des Konkursrechts häufig geändert wurden, sind sie immer noch nicht mit den Gemeinschaftsvorschriften vereinbar.

Ein wichtiger Fortschritt wurde mit der Annahme eines neuen Gesetzes zur Kontrolle der staatlichen Beihilfen erzielt. Seine Anwendung im Einklang mit dem Besitzstand wird von Bedeutung sein, da die staatlichen Beihilfen in bestimmten Wirtschaftssektoren weiterhin eine große Rolle spielen. Auch die Umwandlung der autonomen Regiebetriebe in kommerzielle und öffentliche Unternehmen ist eine bedeutsame Entwicklung, obwohl die Umwandlung der ehemaligen staatlichen Monopole weiter vorangetrieben werden muß. In der Landwirtschaft wurden gewisse Fortschritte gemacht, obwohl die Katastererstellung nur schleppend verläuft und dadurch die Entwicklung einer moderneren Landwirtschaft behindert. Die Veterinärkontrollen, insbesondere an den Grenzübergängen, müssen noch mehr an den Besitzstand angeglichen werden und die Agrar- und Nahrungsmittelindustrie muß modernisiert werden. Bei der Rechtsangleichung im Verkehrssektor wurden beträchtliche Fortschritte erzielt, aber der Sicherheit im Straßen- und im Seeverkehr muß mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Insgesamt scheint Rumänien dem Umweltschutz nur geringe Priorität einzuräumen, und es bestehen erhebliche Probleme in den Bereichen Luft- und Wasserqualität sowie Abfallentsorgung. Diesem Sektor muß mehr politische Beachtung geschenkt werden, und es müssen realistische Kostenschätzungen und Investitionspläne aufgestellt werden. Im Bereich Justiz und Inneres wurden Fortschritte hinsichtlich der Justiz gemacht. Dies gilt in gewissem Maße auch für die Grenzüberwachung sowie für die Polizei und die Einwanderungspolitik. In Bereichen wie Asyl und Drogenbekämpfung müssen die Arbeiten beschleunigt werden.

Finanzknappheit und schwache Verwaltungsstrukturen verursachen weiterhin Probleme, und Rumänien muß seine Kapazitäten für die Identifizierung, Kostenermittlung und Umsetzung von Schlüsselprioritäten ausbauen, um seine Beitrittsvorbereitungen zu beschleunigen. Der Reform der öffentlichen Verwaltung wurde Priorität eingeräumt, aber noch wurde sie nicht ernsthaft eingeleitet. Einige Schlüsselinstitutionen (z.B. für das öffentliche Auftragswesen) müssen noch eingerichtet werden, und größere Anstrengungen müssen in vielen Bereichen (z.B. Umweltschutz und Finanzkontrolle) unternommen werden, um für die erforderliche Kompetenz der Verwaltung zu sorgen. Allgemein ist die Unabhängigkeit von Regulierungs- und Aufsichtsbehörden, einschließlich der Zentralbank, zu gewährleisten. Trotz der Ergreifung verschiedener Maßnahmen zur Stärkung der Justiz, muß deren Vertrautheit mit dem Gemeinschaftsrecht gestärkt und eine angemessene Ausstattung bereitgestellt werden.

Rumänien hat zwar bestimmte Aspekte der Verwaltungskapazität (Regionalentwicklung) sowie kurzfristige Prioritäten der Beitrittspartnerschaft im Hinblick auf den Binnenmarkt (Umstrukturierung des Bankensektors, öffentliches Auftragswesen, staatliche Beihilfen) in Angriff genommen, doch andere Aspekte im Bereich Justiz und Inneres (Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption, Entmilitarisierung der Polizei und Grenzüberwachung) sowie Prioritäten des Umweltschutzes wurden nicht ausreichend angegangen.“

Der volle Wortlaut dieses Berichts kann auf der Website der Kommission zur Erweiterung unter http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/romania/rep_10_99/aa.htm zusammen mit früheren Berichten nachgelesen werden.

Der Europäische Rat bekräftigte in Madrid, daß die Verhandlungen über den Beitritt Maltas und Zyperns zur Union sechs Monate nach Abschluß der Regierungskonferenz 1996 beginnen und die notwendigen Entscheidungen für den Start der Beitrittsverhandlungen mit den MOEL unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Regierungskonferenz getroffen würden. Der Rat ist zudem bestrebt zu erreichen, „daß die Anfangsphase der Verhandlungen mit dem Beginn der Verhandlungen mit Zypern und Malta zusammenfällt“. Auf dem Gipfeltreffen von Florenz wurde diese Zusage durch die Bestätigung bekräftigt, daß die Verhandlungen mit den MOEL zur gleichen Zeit wie die Verhandlungen mit Zypern und Malta, d.h. sechs Monate nach Abschluß der Regierungskonferenz eingeleitet würden.

b) Europäisches Parlament

Im November 1998 verabschiedete das Europäische Parlament die Entschließung über Rumäniens Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union im Hinblick auf das Treffen des Europäischen Rats in Wien (12. und 13. Dezember 1998), (COM(97) 2003 - C4-0375/97). In der Entschließung gab das Parlament seiner Hoffnung Ausdruck, daß Rumänien, das im allgemeinen die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt, eine Lösung für die noch bestehenden Mißstände hinsichtlich der Menschenrechte, des Schutzes von Kindern, der richterlichen Kontrolle über die Polizei, der Pressefreiheit, der Zustände in den Gefängnissen, der Lage der Roma und der Kampagne gegen die Korruption finden wird; es ermutigte Rumänien, das bis zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien noch viel zu tun hat, die lebenswichtigen Reformen weiter voran zu treiben, und zwar insbesondere den Privatisierungsprozeß, die Reform des Bankensystems, die Umstrukturierung großer staatlicher Unternehmen und die Konsolidierung des Rechtsrahmens, durch den Auslandsinvestitionen angezogen werden können, so daß die Beitrittsverhandlungen schließlich eröffnet werden können; und lenkte Rumäniens Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Reform seiner Verwaltung, wenn diese Reformen erfolgreich durchgeführt werden sollen.

c) Ministerrat

Die Regierungskonferenz wurde im Juni 1997 in Amsterdam abgeschlossen. Dadurch wurde der Weg frei für den Beginn von Verhandlungen innerhalb von sechs Monaten in Übereinstimmung mit den Schlußfolgerungen von Madrid. Im Dezember 1997 beschloß der Europäische Rat in Luxemburg, „einen Beitrittsprozeß einzuleiten, der die zehn mittel- und osteuropäischen Bewerberstaaten sowie Zypern umfaßt“. Darüber hinaus beschloß der Rat „im Frühjahr 1998 bilaterale Regierungskonferenzen einzuberufen, um die Verhandlungen mit Zypern, Ungarn, Polen, Estland, der Tschechischen Republik und Slowenien über die Bedingungen ihres Beitritts zur Union und die damit verbundenen Anpassungen des Vertrages zu beginnen“. Der Erweiterungsprozeß wurde wie geplant am 12. März 1998 in London mit der ersten Europäischen Konferenz eingeleitet.

Im Dezember 1999 hat der Europäische Rat auf dem Gipfeltreffen in Helsinki „beschlossen, im Februar 2000 bilaterale Regierungskonferenzen einzuberufen, um mit Rumänien, der Slowakei, Lettland, Litauen, Bulgarien und Malta die Verhandlungen über die Bedingungen für ihren Beitritt zur Union und die sich daraus ergebenden Anpassungen des Vertrages aufzunehmen“. Dabei wurde betont, daß „in den Verhandlungen jedes beitrittswillige Land für sich genommen beurteilt werden muß. Dieser Grundsatz wird sowohl für die Eröffnung der Verhandlungen über die verschiedenen Verhandlungskapitel als auch für den weiteren Verlauf der Verhandlungen gelten. Um die Dynamik der Verhandlungen aufrechtzuerhalten, sollten schwerfällige Verfahren vermieden werden. Die beitrittswilligen Länder, die jetzt in den Verhandlungsprozeß einbezogen worden sind, werden die Möglichkeit haben, innerhalb eines vertretbaren Zeitraums die Länder einzuholen, mit denen bereits verhandelt wird, sofern sie hinreichende Fortschritte bei ihrer Vorbereitung auf den Beitritt erzielt haben. Fortschritte bei den Verhandlungen müssen mit Fortschritten bei der Einbeziehung des Besitzstandes in einzelstaatliches Recht und bei der tatsächlichen Durchführung und Durchsetzung des Besitzstandes einhergehen.“

Die Beitrittsverhandlungen begannen am 28. März. Die Verhandlungen wurden eingeleitet mit fünf Kapiteln des gemeinschaftlichen Besitzstands, und zwar kleinere und mittlere Unternehmen (KMU), Wissenschaft und Forschung, Bildung, berufliche Bildung und Jugend, internationale Wirtschaftsbeziehungen sowie Außen- und Sicherheitspolitik.

* * *

*Für Informationen über die wirtschaftliche Lage wenden Sie sich bitte an:
John Wittenberg / EUROPÄISCHES PARLAMENT / GD IV
Abteilung für Internationale und Verfassungsangelegenheiten
Tel: (352) 4300 22447 / e-mail: jwittenberg@europarl.eu.int*

*Für weitere Informationen über die wirtschaftliche Lage wenden Sie sich bitte an:
John WITTENBERG, Europäisches Parlament, DG IV
Abteilung für politische und konstitutionelle Angelegenheiten
Tel. (352) 4300 22447 / e-mail: jwittenberg@europarl.eu.int*

ZUSAMMENSETZUNG DER REGIERUNG VOM 13. MÄRZ 2000

Präsident (vereidigt am 29. November 1996 für eine vierjährige Amtszeit)	Emil CONSTANTINESCU

KOALITIONSREGIERUNG: (Parteizugehörigkeit siehe Ende der Liste)	
Premierminister (parteilos)	Mugur ISARESCU

STELLVERTRETENDE PREMIERMINISTER	
Staatsminister, Vorsitzender des Koordinierungsrates für Wirtschaft und Finanzen	Mircea CIUMARA (PNT-CD)
Staatsminister, Auswärtige Angelegenheiten	Petre ROMAN (PD)
Staatsminister, Justizminister	Valeriu STOICA (PNL)
Staatsminister, Gesundheitsminister	Hajdu GABOR (UDMR)

MINISTER:	
Landwirtschaft & Nahrungsmittelindustrie	Ioan Avram MURESAN (PNT-CD)
Öffentlicher Dienst	Vlad ROSCA (PNT-CD)
Kultur	Ion CARAMITRU (PNT-CD)
Verteidigung	Sorin FRUNZEVERDE (PD)
Bildung	Andrei MARGA (PNT-CD)
Finanzen	Decebal Traian REMES (PNL)
Auswärtige Angelegenheiten	See Vice-Premiers
Gesundheit	See Vice-Premiers
Industrie & Handel	Radu BERCEANU (PD)
Inneres	Constantin Dudu IONESCU (PNT-CD)
Justiz	See Vice-Premiers
Arbeit & Sozialer Schutz	Smaranda DOBRESCU (PSDR)
Minister beim Premierminister, zuständig für Angelegenheiten ethnischer Minderheiten	Peter COVACS-ECKSTEIN (UDMR)
Öffentliche Arbeiten	Nicolae NOICA (PNT-CD)
Verkehr	Traian BASESCU (PD)
Wasser, Forstwirtschaft & Umwelt	Romica TOMESCU (PNT-CD)
Jugend & Sport	Crin ANTONESCU (PNL)

PARTEIENZUGEHÖRIGKEIT:	
PNT-CD -- Christdemokraten	
PNL -- Liberale	
PD -- Sozialdemokraten	
PSDR -- Sozialdemokratische Partei	
UDMR -- Ungarische Demokratische Union	

Gouverneur der Zentralbank (geschäftsführend)	Emil IOTA GHIZARI